

Verdeckte Parteienfinanzierung?

Neuer Ärger um Krafts „Tatkraft-Tour“

Von Wilfried Goebels, 28.02.12, 11:24h

Die "Tatkraft-Tour" von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft aus Steuergeldern sorgt für neuen Ärger. Die CDU wirft der Ministerpräsidentin verdeckte Parteienfinanzierung vor. Der Haushaltsausschuss soll sich nun erneut damit befassen.



Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft besucht im Rahmen ihres Programmes Tatkraft einen Bauernhof. (Bild: dpa)

DÜSSELDORF. Die "Tatkraft-Tour" von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) aus Steuergeldern sorgt für neuen politischen Ärger. CDU-Generalsekretär Oliver Wittke (CDU) forderte den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) auf, die Veranstaltungsreihe wegen des Verdachts verdeckter Parteienfinanzierung zu prüfen. Auf Antrag der Linkspartei wird sich der Haushaltsausschuss erneut mit der pro Veranstaltung rund 20.000 Euro teuren "Tatkraft-Tour" befassen.

In dem unserer Zeitung vorliegenden Brief an Lammert kritisierte Wittke, dass Kraft ihre im SPD-Landtagswahlkampf 2010 gestartete "Initiative Tatkraft" als Ministerpräsidentin "auf Kosten des Steuerzahlers 1:1" fortsetzt. Der Landtag hatte den Etatposten für Veranstaltungen der Ministerpräsidentin deshalb bereits im April um 250 000 Euro auf 350 000 Euro gekürzt. Ziel sei es gewesen, "eine Fortsetzung der sogenannten ‚Tatkraft-Tour‘ zu unterbinden". Wittke sieht die Gefahr, dass die Veranstaltung vor allem der Selbstdarstellung der SPD-Politikerin gilt. Kraft hatte 2011 sieben Tatkraft-Tage mit einem Praktikum in Betrieben und sozialen Einrichtungen absolviert, um die Probleme der Mitarbeiter kennen zu lernen. Die Kosten für die anschließenden Abendveranstaltungen mit Verzeher bezifferte die Regierung auf insgesamt 130 000 Euro.

Dies erweckt aus Sicht Wittkes den Anschein der verdeckten Parteienfinanzierung. Linken-Finanzexperte Rüdiger Sagel äußerte den Verdacht auf einen "krassen und unzulässigen Haushaltsverstoß". Die NRW-Staatskanzlei sieht sich hingegen rechtlich auf der sicheren Seite. Schließlich könnten Abgeordnete der Regierung nicht vorschreiben, für welche Veranstaltungen sie Geld ausgeben. Im Haushaltsausschuss hatte eine Mehrheit aus CDU, FDP und Linken aber ausdrücklich ein Ende der "Tatkraft-Tage" aus Steuergeldern gefordert.

Wittke forderte auch Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) auf, den Sachverhalt im Landtag rechtlich prüfen zu lassen. Dabei stelle sich die Frage, ob sich die "Landesregierung einfach über den Willen des Landtags hinwegsetzen kann".

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1330296323638>

Alle Rechte vorbehalten. © 2012 **Kölnische Rundschau**